



Interviews

Datum: 30. August 2024

Konstantin Kuhle im Gespräch mit Maria Grunwald

Grunwald: Wir haben an diesem Morgen bereits über das von der Bundesregierung gestern Nachmittag vorgestellte Sicherheitspaket berichtet. Es geht um Verschärfung des Asyl- und Waffenrechtes als Folge des Messeranschlags in Solingen. Die Bundesregierung, der Kanzler waren dabei mächtig unter Druck. Die Union trieb sie mit Forderung über Forderung vor sich her und dann stehen ja noch die Landtagswahlen im Osten an. Da wollten die Ampelparteien wohl noch zeigen, dass sie handeln. Was bringt das neue Maßnahmenpaket? Dazu ist jetzt am Telefon Konstantin Kuhle, FDP-Bundestagsabgeordneter für Göttingen, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender, guten Morgen, Herr Kuhle.

Kuhle: Schönen guten Morgen, hallo.

Grunwald: Herr Kuhle, laut Union ist das neue Sicherheitspaket unzureichend, laut Pro Asyl absehbar verfassungswidrig. Was ist es für Sie?

Kuhle: Wenige Tage nach einem so schrecklichen Terroranschlag, bei dem wir in Deutschland Tote zu beklagen haben, muss die Regierung zwei Dinge leisten. Sie muss entschlossen auf die Gefahr reagieren. Hier hat ja ein Islamist, der hätte abgeschoben werden müssen, Menschen umgebracht. Darauf reagiert die Bundesregierung, indem sie vor allem Maßnahmen im Bereich der Abschiebung und im Bereich der Bekämpfung des Islamismus vorschlägt. Die Regierung muss aber auch einen kühlen Kopf bewahren und darf die Freiheit in unserem Land nicht unnötig einschränken und erst recht keine unsinnigen Maßnahmen vorschlagen, die gar nichts bringen. Und ich finde, dass das Paket, das die Bundesregierung vorgeschlagen hat, diesen beiden Anforderungen gerecht wird. Da wird ein kühler Kopf bewahrt und gleichzeitig werden entschlossene Maßnahmen vorgelegt. Und die sollten wir jetzt zügig beraten.

Grunwald: Viele Maßnahmen sollen Probleme beheben, die ja längst bekannt sind, etwa, dass Sicherheitsbehörden zu wenig Befugnisse haben, um gegen Islamisten oder Gefährder zu ermitteln, oder dass Behörden untereinander zu wenig im Austausch sind. Kommen diese Maßnahmen jetzt von gestern nicht einfach viel zu spät?

Kuhle: Über so manchen Vorschlag, gerade aus den Reihen der Union, habe ich mich in den letzten Tagen gewundert. Wenn beispielsweise vorgeschlagen wurde, die sogenannte Vorratsdatenspeicherung einzuführen, also die Daten aller Menschen in Deutschland stärker zu speichern. Das hätte den Anschlag von Solingen nicht verhindert, denn man kannte ja diesen islamistischen Täter noch gar nicht. Und es ist immer auch das Ziel von Terroristen, die Freiheit in der Gesellschaft insgesamt abzuschaffen, Unfrieden in der Gesellschaft zu stiften. Und deswegen darf man nicht überhitzt sich gegenseitig überbieten mit Forderungen, sondern muss sich genau überlegen: Was bringt etwas? Und in diesem Fall bringt es eben etwas, Abschiebungen zu verbessern und gegen gewaltbereiten Islamismus vorzugehen. Und ich finde, mit den Vorschlägen der Bundesregierung kann man arbeiten.

Grunwald: Aber die Frage war ja, ob all diese Maßnahmen nicht viel zu spät kommen?

Kuhle: Nach einem solchen Terroranschlag muss man sich kritisch hinterfragen, ob bestimmte Maßnahmen nicht hätten früher auch in Kraft gesetzt werden können. Wir haben in Deutschland glücklicherweise ja in den ersten Monaten dieses Jahres die Abschieberegeln schon einmal verschärft. Wir sehen aber, dass diese von den Ländern oftmals nicht umgesetzt werden. Und deswegen ist es gut, dass diese Vorschläge jetzt auch beinhalten, dass Bund und Länder sich zusammensetzen und ohne parteipolitische Brille einfach endlich daran arbeiten, dass die Abschiebeverfahren in Deutschland ohne Zuständigkeitsbrüche arbeiten. Ich will damit sagen, es kommt mitunter auch nicht auf den Gesetzgeber an, sondern darauf, dass die bestehenden Gesetze umgesetzt werden. Und deswegen kann man so pauschal nicht sagen, dass alles, was wir jetzt beschließen wollen, schon hätte früher beschlossen werden müssen.

Grunwald: Aber wenn wir beim Thema sind. Abschiebungen, die man tatsächlich dann durchsetzen muss, Abschiebungen nach den Dublin-Regeln zum Beispiel – nach Solingen waren nämlich viele Menschen empört darüber, dass der mutmaßliche Attentäter nach den Dublin-Regeln eigentlich schon 2023 nach Bulgarien hätte überstellt werden müssen. Und das hat schlicht nicht geklappt, weil man ihn nicht angetroffen hat, aber da auch nie nachgehakt wurde oder das gemeldet wurde. Sprich hier braucht es gar keine neuen Regeln, man müsste das einfach durchsetzen. Und da war ja jetzt das Maßnahmenpaket sehr vage. Da hat man einfach nur gesagt, ja, da gründen wir eine Task Force. Also wie soll man die geplante Überstellung tatsächlich durchführen, kontrollieren, nachhaken?

Kuhle: Ganz im Gegenteil. Das Maßnahmenpaket enthält einen ganz entscheidenden Punkt und das ist, dass die Sozialleistungen für Fälle, in denen ein anderer Staat zuständig ist, künftig gänzlich gekürzt werden sollen auf ein Niveau, wo nur noch die Reise in das Land finanziert wird, das zuständig ist.

Grunwald: Und das soll Ausreisepflichtige dann quasi ... das ist ein Anreiz für Ausreisepflichtige, dann auch de facto auszureisen?

Kuhle: Absolut.

Grunwald: Aber die Frage war ja tatsächlich noch mal bezogen auf Solingen: Wie setzen Sie tatsächlich das durch, was ja schon lange geht, dass also tatsächlich die Behörden, wenn sie abschieben sollen, dass sie dann nachhaken, dass sie mehrmals schauen, wie sie den jeweiligen antreffen, wie sie da untersuchen können, dass sie das melden, wenn er nicht da ist? Genau das hat ja nicht funktioniert in Solingen.

Kuhle: Ich glaube, Solingen hat uns noch einmal gezeigt, dass bei der Kooperation von Bund und Ländern im Bereich der Abschiebung kein Stein auf dem anderen bleiben darf. Man muss sich genau anschauen, wie diese Abschiebungen in Zukunft verbessert werden können. Und wenn man dazu die Gesetze ändern muss, dann wird der Bundestag das tun. Aber am Ende kommt es auch darauf an, dass die Länder die bestehenden Gesetze umsetzen und das erwarte ich jetzt.

Grunwald: Schieben Sie ein bisschen die Verantwortung auf die Länder ab?

Kuhle: Na, ich glaube, da haben die Menschen jetzt keine Lust mehr drauf und auch kein Verständnis dafür, wenn unterschiedliche Ebenen sich jetzt gegenseitig verantwortlich machen. Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages wird heute über die Verantwortung des Bundes sprechen. Es sieht danach aus, dass es im nordrhein-westfälischen Landtag sogar einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss geben wird. Das muss alles gründlich aufgearbeitet werden. Aber wir müssen auch nach vorne blicken und dafür sorgen, dass in Zukunft Deutschland wieder ein sicheres Land wird.

Grunwald: Auch bei Abschiebungen von Straftätern nach Afghanistan und Syrien blieb es gestern recht vage. Man intensiviere hier die Bemühungen. Was heißt das denn jetzt?

Kuhle: Das heißt beispielsweise, dass bei der Koordination konkreter Flüge die Länder viel stärker miteinander kooperieren müssen. Wir haben ja eine Situation, in der teilweise konkrete Abschiebeflüge von den Ländern allein organisiert werden. Und wenn ein solcher Flug dann nicht voll ist oder wenn Menschen sich der Abschiebung widersetzen, dann scheitern solche Flüge. Das stärker zu koordinieren, ist eine Möglichkeit, wie man Abschiebungen auch nach Syrien und Afghanistan in Zukunft vereinfachen kann.

Grunwald: Genau. Aber Details sozusagen sind noch nicht bekannt. Aktuell soll ein Flugzeug in der Luft sein, meldet zumindest der „Spiegel“ unter Berufung auf Behördenkreise. Und da ist ein Flugzeug in Richtung Kabul unterwegs und an Bord seien 28 afghanische Straftäter. Haben Sie mehr Informationen dazu?

Kuhle: Ich habe diese Meldung heute Morgen auch gelesen, verfüge aber nicht über nähere Informationen zu dem Vorgang.

Grunwald: Kommen wir noch mal zu dem Punkt Leistungen für Asylbewerber kürzen, damit die einen Anreiz haben sozusagen, auch wirklich in andere Länder zu gehen, auszureisen, wenn man das so nennen kann. Kein Bargeld bedeutet das dann, keine Bezahlkarte mehr. Und hierfür gab es ja viel Kritik von Teilen der Grünen und auch von Organisationen wie Pro Asyl. Wir haben es vorhin gehört. Pro Asyl sagt, das ist absehbar verfassungswidrig, weil ja das Existenzminimum gewahrt sein muss. Sie als Jurist sehen da kein Problem?

Kuhle: Nein, denn wir sprechen ja über Menschen, für die Deutschland gar nicht zuständig ist. Wir wollen ja das Grundrecht auf Asyl in Deutschland bewahren für diejenigen Menschen, die wirklich verfolgt sind und davon gibt es einige. Das Problem ist aber, dass zu viele Menschen in Deutschland einen Asylantrag stellen, die gar nicht politisch verfolgt sind oder für die Deutschland schon nicht zuständig ist. Und so war es in dem Fall des Täters von Solingen auch. Und deswegen haben wir jetzt einen Vorschlag gemacht, wie diese Anreize gesenkt werden können.

Grunwald: Und – mit Verlaub –, weil Deutschland nicht für die Asylverfahren für diese Menschen zuständig ist, ist es okay, dass man kein Bargeld auszahlt, keine Bezahlkarte, nur Sachleistungen, die so gerade mal das Überleben sichern? Das ist dann okay, weil Deutschland ja nicht zuständig ist?

Kuhle: Ja. Denn das Existenzminimum kann auch in einem anderen EU-Mitgliedsland sichergestellt werden, das für den Asylantrag dieses Menschen zuständig ist. Es geht ja beim Grundrecht auf Asyl nicht darum, sich einen Schutzort auszusuchen, sondern es geht darum, dass man auf der Flucht ist vor politischer Verfolgung und irgendwo auf der Welt Schutz bekommt. Und diesen Schutz sollen die Menschen, wenn sie politisch verfolgt sind, auch bekommen, aber es muss eben im Einklang mit Recht und Gesetz stattfinden. Und ich erwarte jetzt auch von den Grünen, dass sie nicht wenige Stunden nach dieser Einigung ein solches Papier wieder aufschnüren. Genauso, wie ich von der Union erwarte, dass sie sich jetzt an den Beratungen beteiligen, das Verfahren nicht verzögern und wir diese Maßnahmen zügig beschließen.

Grunwald: Das ist ja das, was noch ansteht. Ich komme noch einmal auf diesen Punkt zurück. Inwieweit ist es klug, Menschen über lange Zeit am Überlebenslimit zu

halten, wenn sie eben diese Leistungen kürzen? Kann das nicht sogar zu einer Radikalisierung führen?

Kuhle: Ein langes Asylverfahren ist kein Wert an sich. Wir haben in Deutschland die Situation, dass die Asylverfahren schon viel zu lange dauern. Wir stellen uns das so vor, dass Menschen, die politisch verfolgt sind, sehr schnell in Deutschland einen Aufenthaltstitel bekommen und dann sehr schnell dem Arbeitsmarkt zugeführt werden können. Wer einen Schutzgrund geltend machen kann, wer ein Bleiberecht in Deutschland hat, der soll schnell arbeiten. Wer kein Bleiberecht in Deutschland hat, der soll das Land schnell wieder verlassen. Und diesen Zwischenstatus, dass jemand das Land verlassen muss, es aber nicht verlässt, diese Fälle müssen wir abbauen. Und da die Anreizlage zu verbessern, das ist der Grund für den Vorschlag, diesen Menschen keine Sozialleistungen mehr zu bezahlen.

Grunwald: Sie haben sich nicht dazu geäußert, ob es klug ist, Menschen über lange Zeit am Überlebenslimit zu halten. Herr Kuhle, ich möchte noch mal auf einen Punkt eingehen. Eine Woche nach Solingen, wenige Tage nach den harten Forderungen der Union und noch kurz vor den Landtagswahlen im Osten hat die Bundesregierung eben jetzt dieses Sicherheitspaket auf den Weg gebracht. Glauben Sie, dass Sie so das verlorene Vertrauen in die streitende Ampelregierung zurückgewinnen?

Kuhle: Es geht nicht um Vertrauen in die Regierung. Es geht auch nicht darum, vor den Wahlen irgendwas zu demonstrieren, sondern es geht darum, dass letztes Wochenende bei einem Terroranschlag in Deutschland Menschen gestorben sind und dass politisch Verantwortliche sich angesichts einer so schlimmen Tat fragen müssen: Wie können wir aus Deutschland ein sichereres Land machen? Und dazu sind Vorschläge auf dem Tisch der Bundesregierung. Mit diesen Vorschlägen der Bundesregierung kann man sehr gut arbeiten. Und ich erwarte unabhängig von Ampel, Union, Bund, Länder, dass wir diese Vorschläge jetzt diskutieren, dass, was da sinnvoll ist, zügig beschließen und dann gegenüber den Menschen sagen können, wir haben aus diesem schlimmen Terroranschlag das Nötige gelernt.

Grunwald: Sagt Konstantin Kuhle, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender im Bundestag.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und
Diskussionen nicht zu eigen.*